

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
DER BUNDESKANZLER**

Berlin, 2. Januar 2025

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Sie haben angekündigt, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und den Abbau von Bürokratie zu zentralen Schwerpunkten Ihrer neuen Amtszeit machen zu wollen. Das begrüße ich sehr. Ebenso begrüße ich es, dass Sie die deutsch-französischen Agenda für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum aufgreifen. Ich danke Ihnen an dieser Stelle für den intensiven Austausch zu diesen Themen in den vergangenen Wochen und Monaten – insbesondere auch bei den Europäischen Räten. Nun gilt es, mit Hochdruck konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Ich werde Sie dabei mit aller Kraft unterstützen.

Es braucht jetzt dringend gemeinsame europäische Impulse, um Bürokratiekosten zu senken und die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen zu erhöhen. Gemeinsam stehen wir vor der dringenden Aufgabe, strategische Abhängigkeiten zu verringern und die Europäische Union in weiteren Schlüsselsektoren an die Weltspitze zu bringen: Bei klimafreundlichen Technologien, Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologien, Luft- und Raumfahrt, Biotechnologien, Robotik, Mobilität und chemischen Stoffen. Gerade in strategisch wichtigen Industriezweigen und bei hoch innovativen Technologien müssen wir besser in der Lage sein, Unternehmen gezielt zu unterstützen. Dazu braucht es schnellere Entscheidungsprozesse und bessere Instrumente – dies gilt auch für den Beihilferahmen.

Deutschland ist in den vergangenen Jahren vorangegangen und hat in hohem Tempo Planungsverfahren beschleunigt, Bürokratie abgebaut, Energiepreise gesenkt und einen klaren Rahmen für die industrielle Transformation gesetzt. Viele der Herausforderungen können nur gemeinsam und europäisch gelöst werden.

Ich möchte die neue Europäische Kommission deshalb um schnelles, zielgerichtetes Handeln in folgenden Bereichen bitten:

### **1. Entlastung von Bürokratie und Berichtspflichten und Unterstützung der Transformation**

- **Eine entschlossene und zeitnahe europäische Initiative zum Abbau von Bürokratie.** Deutschland und Frankreich haben bereits vor einem Jahr umfassende Vorschläge für einen wirksamen Bürokratieabbau auf europäischer Ebene vorgelegt. Die Unternehmen in der Europäischen Union brauchen deutlich weniger Dokumentationspflichten, weniger Bürokratielasten und ein kohärenteres, pragmatisches und beschleunigendes Regelwerk für die Transformation. Es ist zu begrüßen, dass in der neuen Europäischen Kommission mit Valdis Dombrovskis ein Kommissionsmitglied für Implementierung und Simplifizierung zuständig ist. Die Ankündigung der neuen Europäischen Kommission, die Berichtspflichten um mindestens 25 Prozent zu reduzieren – für kleine und mittlere Unternehmen um mindestens 35 Prozent – sind dabei ein wichtiger erster Schritt. Diese Ziele müssen nun mit Leben gefüllt und konkret umgesetzt werden. Ich begrüße daher, dass die neue Kommission einen entsprechenden Stresstest für den gesamten EU-Acquis vornehmen wird. Europäische Regulierungen brauchen eine pragmatische Balance zwischen der Sicherung von Arbeitsplätzen und einer starken, wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft einerseits und klima- und umweltpolitischen Zielen andererseits. Dort, wo bestehende Verordnungen zueinander in Widerspruch stehen, wo Verordnungen die Wirtschaft lähmen, müssen sie geändert werden. Wo geplante Vorhaben der Wettbewerbsfähigkeit schaden, müssen diese zurückgestellt oder auch ganz zurückgenommen werden. Dies gilt zum Beispiel für die zu strengen Vorgaben für grünen Wasserstoff, die die Umstellung auf Wasserstoff bremsen, die Kosten erhöhen und damit einen hemmenden Effekt auf die Transformation der energieintensiven Industrie haben. Wir brauchen einen pragmatischen, technologieoffenen und international anschlussfähigen Rahmen, um in der Phase des Markthochlaufs die benötigten Mengen an Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen sicherzustellen und kurzfristig die hierfür notwendigen Projekte auf den Weg zu bringen.

- Ich möchte Sie außerdem bitten, die europarechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Einführung einer sogenannten materiellen Präklusion möglich wird. Damit soll zukünftig ausgeschlossen werden, dass Genehmigungsverfahren sich unnötig verzögern, weil Klagegründe verspätet vorgebracht werden, um Verfahren bewusst in die Länge zu ziehen.
- **Eine Offensive zur Reduzierung von Berichtspflichten.** Ich begrüße sehr, dass Sie angekündigt haben, ein Omnibus-Paket vorzulegen, das die Berichtspflichten deutlich reduziert und bündelt.
- Die deutsche Wirtschaft hat hier zu Recht weiteren dringenden Handlungsbedarf angezeigt, insbesondere hinsichtlich der Belastungen im Rahmen der Nachhaltigkeitsrichtlinie (CSRD), der EU Taxonomie und der Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD). Allein die ESRS-Standards im Rahmen der Nachhaltigkeitsrichtlinie erfordern mehr als 1.000 potenzielle Datenpunkte. In der gegenwärtigen Form steht der Mehrwert der Richtlinie in keinem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand für die Unternehmen. Eine Verschiebung der in der Nachhaltigkeitsrichtlinie (CSRD) enthaltenen Berichtspflicht um zwei Jahre und die Anhebung der Schwellenwerte bei der Umsatzhöhe und der Beschäftigtenzahl erscheint mir dringend geboten, um Unternehmen nicht zu überfordern. Dabei sollte auch darauf geachtet werden, dass das „Once-only-Prinzip“ konsequent angewendet wird, bei dem Unternehmen ihre Informationen nur einmal an eine zentrale Behörde übermitteln. Detaillierte Vorschläge haben die Bundesminister der Justiz, der Finanzen, für Wirtschaft und Klimaschutz und für Arbeit und Soziales den zuständigen Mitgliedern der EU Kommission am 17. Dezember 2024 übermittelt.
- **Mehr Unterstützung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien.** Die Europäische Union hat im Zuge der Energiekrise zahlreiche Instrumente genutzt, um Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieinfrastruktur deutlich zu beschleunigen. Diese haben einen wichtigen Beitrag zur deutlichen Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien und zur Unabhängigkeit der Energieversorgung in Deutschland geleistet. Hieran sollte die Europäische Kommission anknüpfen und weitere Beschleunigungspotenziale heben: Zum Beispiel bedarf es zeitnah einer Verstärkung der Beschleunigungsmaßnahmen aus der Notfall-Verordnung, soweit in der RED III noch nicht geschehen. Es bedarf zudem vereinfachter Regeln für das Repowering über Beschleunigungsgebiete hinaus.

Die bisherigen beschleunigenden Maßnahmen sollten auf weitere Infrastruktur- und Transformationsprojekte ausgeweitet werden, insbesondere auf Wärmenetze, Wärmeerzeuger und Wasserstoffinfrastruktur.

## 2. Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige Automobilindustrie

Ich begrüße den von Ihnen für Januar angekündigten strategischen Dialog mit der Automobilindustrie. Für mich sind die nachfolgenden Punkte dabei zentral, die zeitnah europäisch angegangen werden sollten:

- **Klarheit bei den EU-Flottengrenzwerten und Vermeidung bei Strafzahlungen.** Die aktuelle Diskussion verunsichert Automobilhersteller und Verbraucher. Die hierdurch verursachte zusätzliche Kaufzurückhaltung schadet Herstellern und dem Hochlauf der Elektromobilität insgesamt. Daher braucht es nun schnell Klarheit über den zukünftigen Kurs der Europäischen Union bei der Elektromobilität. Deutschland steht zu den Zielen der Verordnung. Es darf aber nicht sein, dass gerade die Unternehmen durch Strafzahlungen bei der Transformation geschwächt werden, die massiv in saubere Antriebstechnologien investieren. Stattdessen braucht es mehr Investitionen in die Elektromobilität auch auf europäischer Ebene und eine europaweite Offensive zu einem Ausbau der Ladeinfrastruktur in allen Mitgliedstaaten. Zusätzlich zu unseren nationalen Anstrengungen sind zudem europaweite Impulse für Innovation und neue Wertschöpfung, zum Beispiel im Bereich der Batterien, der Software und des autonomen Fahrens notwendig.
- **Eine europaweite Initiative für einen E-Auto-Kaufanreiz.** Es bedarf dringend zusätzlicher Impulse, um den Hochlauf der E-Mobilität zu beschleunigen und die Hersteller zu unterstützen, die europäischen Vorgaben zum Umstieg auf klimafreundliche Antriebstechnologien einhalten zu können. Dafür sind zusätzliche Kaufimpulse notwendig. Auf nationaler Ebene werden wir dazu die Anreize insbesondere im Bereich gewerblich zugelassener Fahrzeuge verbessern. Gleichzeitig braucht es entschlossene Impulse im Privatkundensegment. Dazu wollen wir einen Kaufimpuls über einen unbürokratischen Steuerabzug für in Deutschland produzierte Fahrzeuge einführen. Aufgrund der hohen Verflechtung der europäischen Automobilindustrie wäre hier allerdings ein europaweiter Impuls äußerst sinnvoll und würde in seiner Wirkung die nationalen Bemühungen der Mitgliedstaaten deutlich verstärken. Ich bitte die Europäische Kommission dazu um eine entsprechende kurzfristige Initiative.

- **Eine Verhandlungslösung mit China zu Zöllen auf Elektroautos:** Es ist von hoher Priorität, jetzt die Gespräche mit der Volksrepublik China über eine Rücknahme europäischer Ausgleichzölle auf in China gebaute Elektrofahrzeuge auch europäischer Hersteller zu einem einvernehmlichen Ergebnis zu bringen.

### 3. Unterstützung der energieintensiven Industrie

Die Europäische Kommission sollte zeitnah auch mit weiteren, besonders von der Transformation und dem verschärften internationalen Wettbewerb betroffenen Branchen strukturierte Dialoge führen, allen voran der Stahlindustrie:

- **Einladung zu einem europäischen Stahlgipfel Anfang 2025.** Der in Deutschland und Europa produzierte Stahl ist von höchster geostrategischer Bedeutung für die Industrieproduktion und die europäische Verteidigungswirtschaft. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren entschlossen gehandelt, um die Stahlindustrie in ihrer Transformation zu unterstützen. Zahlreiche wichtige Hebel liegen allerdings in Brüssel: ein effektiver Außenhandelsschutz mit einer Verschärfung und Verlängerung des Schutzes gegen Überkapazitäten, die Durchsetzung und Verschärfung der Sanktionen gegen Russland im Stahlsektor und ein Konzept für einen Leitmarkt für grünen Stahl. In diesem Zusammenhang begrüße ich es, dass die Europäischen Kommission in der vorletzten Woche die Überprüfungen der Schutzmaßnahmen für bestimmte Stahlerzeugnisse eingeleitet hat. Ich möchte Sie zudem darum bitten, die Ausgestaltung des Förderrahmens für den Umstieg auf klimafreundliche Produktion pragmatischer und flexibler auszugestalten. Insbesondere muss der Einsatz von Erdgas und blauem Wasserstoff möglich sein, solange grüner Wasserstoff noch nicht ausreichend vorhanden ist.
- **Den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich effektiver und bürokratieärmer ausgestalten.** Zusätzlich zum Abbau bürokratischer Belastungen beim CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich braucht es ergänzend eine Exporterstattung, damit der Nachteil der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf den Weltmärkten ausgeglichen wird. Es ist kaum zu vermitteln, dass wir in der Europäischen Union das bewährte Instrument der kostenfreien Zuteilungen durch einen Grenzausgleich ersetzen, der zwar für gleiche Rahmenbedingungen auf dem Binnenmarkt sorgen soll, aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit der eigenen energieintensiven Industrie auf dem Weltmarkt außer Acht lässt. Deutschland und Europa stellen ihre industrielle Produktion in hohem Tempo auf klimafreundliche Verfahren um.

Es nützt aber dem Klima nicht, wenn die Produktion ins Ausland abwandert und dort mehr Treibhausgase ausstößt. Hier braucht es daher WTO-kompatible Lösungen.

- **Freiraum für nationale Regeln zur Kompensation bei den Strompreisen.** Ich bitte die Europäische Kommission, zeitnah die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Ausweitung der Strompreiskompensation und eine Verbreiterung des Anwendungsbereiches erfolgen kann. Dies ist unerlässlich, um die Wettbewerbsnachteile der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Stromsektor für sehr energieintensive Unternehmen zum Beispiel in der Chemie- oder Glasproduktion auszugleichen. Darüber hinaus sollten weitere strategisch wichtige Branchen, wie etwa die Batterieherstellung, von der Kompensation profitieren können. Das Instrument der Strompreiskompensation muss bis mindestens 2030 erhalten bleiben; am besten wird diese Möglichkeit länger eröffnet. Außerdem sollte der Rahmen für die Kompensation beziehungsweise Erstattung bei den Netzentgelten für die Industrie so angepasst werden, dass insbesondere der energieintensiven Industrie durch den massiven Ausbau des Stromnetzes und den damit verbundenen Kosten keine Nachteile entstehen. Es braucht substantielle Erstattungsmöglichkeiten bei den Netzentgelten für die energieintensive Industrie, um wettbewerbsfähige Stromkosten zu gewährleisten.

Die Europäische Kommission hat sich als konstruktive Partnerin beim Einsatz für einen freien und fairen Welthandel erwiesen. Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren persönlichen Einsatz für die erzielte politische Einigung auf ein **Handelsabkommen mit den Ländern des MERCOSUR**. Die Bedeutung dieses Abkommens kann kaum unterschätzt werden, denn Europas Märkte und die Industrie sind auf einen freien und fairen Welthandel angewiesen. Allein in Deutschland hängt rund jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Deshalb möchte ich Sie ermutigen, eine schnelle Anwendung des MERCOSUR-Abkommens sicherzustellen. Eine vorläufige Anwendung des handelspolitischen Teils, der in alleiniger EU-Zuständigkeit liegt, ist besonders wichtig. Der **Abschluss weiterer Freihandelsabkommen** ist prioritär und bereits laufende Verhandlungen sollten zügig zum Abschluss gebracht werden. Für die Zukunft sollten wir mehr **EU-only** Handelsabkommen anstreben, die – wo immer sinnvoll – durch wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen ergänzt werden können, die dann in allen Mitgliedstaaten gelten, in denen sie ratifiziert wurden.

Sie haben aus der demokratischen Mitte des neugewählten Europäischen Parlaments ein starkes Mandat erhalten, unser gemeinsames Ziel der Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit entschlossen und kraftvoll anzugehen. Der Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells und der ambitionierten klimapolitischen Vorgaben hängt auch an dem Erfolg unserer gemeinsamen Industriepolitik und dem Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Ich unterstütze eine entschlossene Haltung der Europäischen Kommission, die diesem Ziel dient.

In diesem Sinne: Ich wünsche Ihnen herzlich alles Gute und viel Erfolg für 2025!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a long horizontal stroke that curves upwards at the end.